



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Dezember 2013



Licht und Schatten

Charité signalisiert Verhandlungsbereitschaft bei Tarifverhandlungen.

Der ver.di Tarifkommission ist in der Verhandlungsrunde am 13. November ein erster Erfolg gelungen. Die Gegenseite hat ein Angebot vorgelegt und damit Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Erstmalig scheint es möglich, Mindestbesetzung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und Ausbildungsqualität tarifvertraglich zu verankern. Die Tarifparteien sind übereingekommen, bis Ende März 2014 zu einem Abschluss zu kommen.

Die prekäre Pflegesituation - nicht nur an der Charité, sondern bundesweit - wird inzwischen von der Öffent-

lichkeit wahrgenommen. Immer deutlicher wird, dass das gesamte Gesundheitswesen dieses reichen Landes am Ende ist. Trotzdem sehen die Verursacher dieser Situation immer noch als einzigen „Ausweg“, das gesamte Gesundheitssystem dem Profitstreben unterzuordnen. Der Gesundheitsmarkt boomt, die großen Gesundheitskonzerne träumen von weiteren Zuwachsraten. Soziale Sicherungssysteme als Errungenschaften vergangener Kämpfe der Arbeiterbewegung stören da nur und müssen abgeschafft werden. Die Charité ist ein solches Objekt der Begierde!

Vor diesem Hintergrund ist das bisher
➔ Fortsetzung auf Seite 2



Jetzt unterschreiben!

... für die Kandidatur der DKP bei den EU-Wahlen 2014

Bei Gründung der EU haben die Herrschenden Wohlstand und Frieden für alle versprochen. Spätestens mit der Ausweitung der Krise ist diese Propaganda in sich zusammengebrochen wie ein Kartenhaus: Mehr Erwerbslose, Sozial- und Demokratieabbau, zunehmende Armut, Kriegspolitik und wachsender Einfluss neofaschistischer und reaktionärer Parteien und Organisationen sind die Bilanz. Die DKP benennt die Hauptprofiteure der Angriffe auf die Lohnabhängigen: die großen Banken und Konzerne.

Um bei den EU-Wahlen kandidieren zu können, muss die DKP 4.000 Stützunterschriften bis zum 3. März 2014 sammeln. Die Kandidatur der DKP zu unterstützen, heißt nicht, mit allen Standpunkten überein zu stimmen. Es bedeutet, sich für die Kandidatur einer Partei auszusprechen, die konsequent im Interesse der arbeitenden und erwerbslosen Menschen die Stimme erhebt.



Streit um Macht und Geld

Gerangel zwischen dem Berliner Senat, dem Aufsichtsrat und dem Klinikmanagement der Vivantes

Es geht aber nicht einfach nur um gestörte persönliche Verhältnisse zwischen Mitgliedern des Senats und dem Management und des Aufsichtsrates der landeseigenen Vivantes, sondern um Einfluss, Posten und Geld.

Ihren Einfluss bei der Vivantes ausnutzend versuchten sich der ehemalige Klinikchef Joachim Bovelet und das ehemalige Aufsichtsratsmitglied Karl Kauermann mittels der selbst gegründeten Berater-Firma „CAG-Clinica.arzt AG“ - die in Konkurrenz zur Vivantes steht - eine goldene Nase zu verdienen. Obwohl dem Unternehmenswohl verpflichtet kassierten sie wohl also doppelt. Finanzsenator und Vivantes-Aufsichtsratsmitglied Ulrich Nußbaum drängte beide laut Medienberichten zum Rücktritt. Auch der ehemalige Aufsichtsratschef Hartmann Kleinert verließ durch Einflussnahme von Nußbaum den Konzern. Nun könnte man meinen, der selbstlose Kämpfer Ulrich Nußbaum, käme als weißer Ritter daher, um Schaden vom Gemeinwohl abzuwenden. Aber geht es ihm, der Chef einer eigenen Firma ist - obwohl er als Senator nebenbei gar nicht berufsmäßig tätig sein darf - nur um "geordnete Verhältnisse" bei Vivantes oder will er sich vorsorglich schon einmal in Position bringen, wenn der Posten des Regierenden Bürgermeisters ausgeschrieben wird?

Aktive Betriebsräte in ihrer Arbeit zu behindern, gehört zum Alltagsgeschäft der CFM-Führung. Mit Abmahnungsterror, Verweigerung von Rechten und Leistungen, die im Betriebsverfassungsgesetz verankert sind und der damit verbundenen Beschäftigung der Arbeitsgerichte nehmen sie auch auf die Gefahr eines Image-Schadens in Kauf.

» Fortsetzung von Seite 1

erreichte Verhandlungsergebnis zu beurteilen. Es ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer tariflichen Personalmessung und hat damit Signalwirkung für andere Krankenhäuser. Das Bündnis „Berlinerinnen und Berliner für mehr Pflegepersonal im Krankenhaus“ macht deshalb darauf aufmerksam, dass jetzt auch von den anderen Berliner Krankenhaus-Standorten Solidarität und Unterstützung eingefordert werden muss.

Willkür bei der Charite-Tochter CFM

Aktive Betriebsräte in ihrer Arbeit zu behindern, gehört zum Alltagsgeschäft der CFM-Führung. Mit Abmahnungsterror, Verweigerung von Rechten und Leistungen, die im Betriebsverfassungsgesetz verankert sind und der damit verbundenen Beschäftigung der Arbeitsgerichte nehmen sie auch auf die Gefahr eines Image-Schadens in Kauf. Die beabsichtigte Wirkung auf die Beschäftigten funktioniert: Teile der Belegschaft lassen sich dadurch einschüchtern. Größere Solidarität und Unterstützung für die betroffenen Betriebsräte von den KollegInnen, die die Geschäftsfüh-

rung in ihre Schranken weisen würde, bleiben bis jetzt aus. Das darf so nicht weitergehen. Erfolgreiche betriebliche Interessensvertretung ist auf die Unterstützung derjenigen angewiesen, für die sie gedacht ist.

Deshalb ist die Solidarität mit Aaron Williams, CFM-Betriebsrat, erforderlich und wichtig. Mit nichthaltbaren Anschuldigungen wurde ihm fristlos gekündigt. Dieser weitere Beweis für den rücksichtslosen Umgang mit einem aktiven Betriebsrat darf nicht hingenommen werden. Der Vorfall wurde inzwischen auch von der Tagespresse und vom Fernsehen aufgegriffen. Empörte Reaktionen und erste Solidaritätsbekundungen haben wohl bewirkt, dass der Arbeitsgerichtstermin auf Betreiben der CFM-Geschäftsführung verschoben wurde. Dieser Gerichtstermin sollte von möglichst vielen KollegInnen begleitet werden. Es muss deutlich werden, Belegschaft und aktive Betriebsräte lassen sich nicht spalten.

Die Verhandlung findet am 09.12. 12.15 Uhr im Saal 505 des Arbeitsgerichts, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin statt.



Am Limit

Arbeitsdruck gefährdet Beschäftigte und Patienten

Die seit Jahren anhaltende Ökonomisierung des Gesundheitswesens zerstört die Arbeitsbedingungen und die Gesundheitsversorgung.

In den Krankenhäusern fehlen 162.000 Beschäftigte. Immer weniger Personal muss immer mehr Patienten versorgen.

Was sind die Hauptursachen?

Die Krankenhausinvestitionen der Länder haben sich zwischen 1991 und 2011 inflationsbereinigt nahezu halbiert. Außer Schleswig-Holstein; Hessen und Hamburg haben alle Bundesländer, insbesondere die ostdeutschen, die Investitionsmittel je Einwohner erheblich reduziert – Berlin gar um mehr als 75 %. Zum Erhalt der öffentlich geförderten Krankenhausinfrastruktur wären z.B. in Berlin jährlich Investitionen in Höhe von 192,6 Mio. € nötig. Tatsächlich wurden jedoch lediglich 83 Mio.€ investiert – weniger als 50 % des notwendigen Betrags. Vor allem die Fokussierung auf die Haushaltskonsolidierung ist hier der Hauptgrund.

Die Folge ist ein enormer Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern, der auf 14,6 bis 50 Mrd. € veranschlagt wird. Die fehlenden Mittel holt man sich oft dann aus den Geldern, die von den Krankenkassen eigentlich für den laufenden Betrieb (also neben Sachmitteln für die Personalkosten), bezahlt werden – was zu Kürzungen beim Personal führt.

Die Finanzierung des laufenden Betriebes über Fallpauschalen (DRGs)

ist aber sowieso schon völlig unzureichend und berücksichtigt die Personalkosten nicht ausreichend. Hiermit lässt sich das Personal nicht in benötigter Zahl und mit angemessenen Löhnen finanzieren

Hinzu kommt, dass durch die Privatisierung von ganzen Krankenhäusern oder Krankenhausbereichen – wie z.B. durch die Ausgliederungen an der Charite in die CFM – Gelder, die eigentlich für Personal und Patientenversorgung vorgesehen sind, als Profit in die Taschen von Aktionären fließen.

Mehr Geld ins Krankenhaus reicht aber nicht: Man muss auch sicherstellen, dass es beim Personal ankommt. Bisher gibt es keine gesetzliche Regelung dazu. Die in den 1990 Jahren bestehende Personalregelung für die Pflege (PPR) wurde außer Kraft gesetzt, als immer deutlicher wurde, wie viel Personal fehlt. Ver.di fordert nun als Soforthilfeprogramm eine modifizierte PPR wieder in Kraft zu setzen und ein Gesetz zur Personalbemessung.

Mit vielfältigen Aktionen haben die Beschäftigten Druck für diese Forderung gemacht. Unter anderem gab es am 1. Oktober einen Aktionstag vor dem Reichstag in Berlin. Es wird wohl noch ein langer Atem erforderlich sein, um eine gesetzliche Personalbemessung durchzusetzen

Eine endgültige Lösung wäre aber nur, die Krankenhäuser dem Wettbewerb zu entziehen und in öffentlicher Hand zu betreiben.



Senats-tricksereien

Der Senat und das Volksbegehren Energie

Das Volksbegehren für eine eigene und ökologische Energieversorgung in Berlin ist formell gescheitert. Zwar stimmten 83 % der Wähler für das Begehren, diese machen aber nur knapp unter 25 % der Berliner Wahlberechtigten aus. Das sind zwar mehr Stimmen (!) als SPD oder CDU zur letzten Abgeordnetenhauswahl bekommen haben, reicht aber nicht aus. Der Berliner Senat trickste wie schon bei allen Volksbegehren vorher herum, damit die Initiatoren ja nicht zum Ziel kommen. Da spielt auch Geld keine Rolle. Es wäre nämlich ein leichtes gewesen, den Wahltermin auf den Tag der Bundestagswahl zu setzen und 1,8 Millionen Euro für die Organisation einer Wahl einzusparen. Dazu fasste der rot-schwarze Senat noch den Beschluss ein Stadtwerk zu gründen, um vor der Wahl ein eigenes Konzept zu puschen und die Berliner zu täuschen. Die Energiekonzerne wurden nicht müde, gegen die Energieversorgung aus öffentlicher Hand zu hetzen. Am Ende können die Konzerne beruhigt sein: Der Senat hat keinen Auftrag, das Netz zu rekommunalisieren. Konzerne und Senat gingen Hand in Hand – das hat funktioniert. Auch das Volksbegehren zum Erhalt des Tempelhofer Feldes sieht sich gleichen Tricksereien ausgesetzt. Jetzt gilt es alles zu tun, um den Senat in die Schranken zu weisen.

Mehr Infos: thf100.de

Gedenken an Karl & Rosa

Liebknecht-Luxemburg-
Demo 2014

"Wir brauchen keine Katastrophen", hatte Rosa Luxemburg formuliert. Auch heute benötigen wir diese nicht. Wir brauchen keine Militärinterventionen. Nicht in Syrien, nicht in Mali, nicht im Iran. Nirgendwo. Wir brauchen keine Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, in der Türkei oder andernorts. Wir brauchen keine Drohnenmorde und keine Rüstungsexporte. Wir brauchen keine zig millionenfache Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste, die die bürgerliche Demokratie zur Farce werden lassen. Wir brauchen keine Nazis und nicht deren in Krisenzeiten besonders gefährliche soziale Demagogie. Wir brauchen keinen stetig wachsenden Sozialabbau, und nicht die damit einhergehenden Entwürdigungen von Millionen Menschen. Wir brauchen keine Rettungsschirme für Banken. Linke verschiedenster Strömungen demonstrieren friedlich gegen Kriege, für Menschlichkeit und Internationalismus.

Termin: Sonntag 12. Januar

Ort: Frankfurter Tor

Beginn: 10:00 Uhr

Weitere Infos: ll-demo.de



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dgp-berlin.info

Web: www.dgp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Gewerkschaften heute

Bundeskongress der DKP beriet aktuelle Fragen

Über einhundert Teilnehmer berieten vor einigen Wochen über die Arbeit von Kommunisten in Gewerkschaften, über deren Zustand und über aktuelle Fragen der Arbeitswelt.

An der rückläufigen Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses bzw. an den steigenden Anteil der prekär Beschäftigten, sowie an der sinkenden Tarifbindung der Betriebe wurden die veränderten Bedingungen der abhängig Beschäftigten verdeutlicht. Olaf Harms, im Vorstand der DKP für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständig und selber Betriebsratsvorsitzender einer Versicherung, beschrieb aber auch die Hemmnisse für die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Kampfbereitschaft. Hauptmanko der Gewerkschaften sei die fehlende Bereitschaft über den Kapitalismus hinaus zu denken. Auch die – nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Betriebsräten betriebene - Standortpolitik sei ein Ausdruck davon und ein Hindernis, wieder an Ausstrahlung zu gewinnen, da damit auch die Solidarität untergraben werde. Selbst innerhalb derselben Unternehmen würden die Kolleginnen und Kollegen inzwischen gegeneinander ausgespielt. Kritisch ging Harms auch mit der eigenen Schwäche der DKP um: Der derzeitige Zustand der Gewerkschaften sei

eine Spiegelung des Zustandes der revolutionären Linken bzw. deren mangelnden Einflusses. Mit Themen wie die Forderung der DKP zur Einführung der 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich sollen eigene Akzente gesetzt werden und der Kampf gegen Arbeitsverdichtung aufgenommen werden. Die DKP wird sich mit eigenen Materialien und Aktionen an gewerkschaftlichen Aktivitäten beteiligen. Für die DKP ist aber von besonderer Bedeutung, wieder einen qualitativen Sprung in Richtung eines gezielten Aufbaus von Betriebsgruppen zu machen. Hierzu sollen in Folgeberatungen konkrete Schritte erarbeitet werden. In der Debatte wurden konkrete Bezüge zur Arbeit mit Betriebszeitungen, den Schwierigkeiten in der Bildung von Betriebsgruppen und der Arbeit mit Betriebsgruppen berichtet. Mehrheitlich wurde ein kritischeres Verhältnis zur gewerkschaftlichen Praxis angemahnt. KommunistInnen seien eben nicht einfach nur die besseren Gewerkschafter, sondern diejenigen die in den Gewerkschaften, die immer wieder über die „Teewasserpolitik“ hinausweisen. Nach einem Bericht über die Auseinandersetzungen im Mediacallcenter KSC von Madsack in Hannover erklärten sich die Teilnehmer gemeinsam solidarisch und überreichten den Streikenden auf der Versammlung 500 Euro Spenden.